



Gemeinsam gegen Rassisten und Sozialabbauer

Der Zuwachs der SVP bei den Wahlen wird uns in den kommenden Jahren noch härtere Angriffe auf die Sozialversicherungen und eine Beschleunigung beim Abbau des Service Public bringen. Die neoliberale und neokonservative Offensive wird brutaler. Den AusländerInnen ist dabei die Rolle des Sündenbocks für neue rassistische Kampagnen zugeordnet, sie sollen als die Schuldigen der sozialen Unsicherheit präsentiert werden. Die ersten Themen stehen bereits fest: Minarettverbot, willkürliche Einbürgerungsverfahren und die Ausschaffung «krimineller Ausländer».

Rassistische Handlungen und Reaktionen häufen sich um uns herum: Wegen Hautfarbe oder Herkunft erleiden Frauen und Männer Diskriminierungen im Arbeitsmarkt, bei den Arbeitsbedingungen oder bei der Wohnungssuche. Zwar verbietet die Bundesverfassung Diskriminierungen aufgrund der Rasse oder der Herkunft (Art. 8 Abs. 2). Bis heute gibt es jedoch kein Gesetz, das dieses Verfassungsprinzip umsetzt. Diese juristische Leerstelle ist bezeichnend für den fehlenden politischen Willen, eine wirkliche Gleichbehandlung von Menschen schweizerischer und ausländischer Herkunft in der schulischen und beruflichen Bildung, bei der Arbeit und

beim Zugang zu öffentlichen Leistungen und anderen Bereichen zu garantieren. Im Namen ihres Kampfes «gegen den Rassismus gegen Schweizer» fordert die SVP die Abschaffung des Antirassismus-Artikels (261^{bis} des Strafgesetzbuchs), die Auflösung der Eidgenossenschaft gegen den Rassismus und die Kündigung der internationalen Konvention für die Eliminierung sämtlicher Formen der rassistischen Diskriminierung. Sicher, der Antirassismusartikel ist nicht gerade ein effizientes Instrument gegen die Diskriminierungen durch das Ausländerrecht oder die Lebensbedingungen, denen «Ausländer» in der Schweiz unterworfen sind. Seine Abschaffung gleich wie die jetzt vom EJPD anvisierte weitere Abschwächung gehen aber in die selbe Richtung wie die von Blocher betriebene Inszenierung der ethnischen Kriminalität: Sie alimentiert die Vorurteile gegen Muslime, gegen Schwarze oder gegen Personen, die aus der Balkan-Region kommen.

Gegen Rassismus zu kämpfen heisst darum auch sich zu organisieren, um die Partei des Milliardärs Christoph Blocher zurückzudrängen – eine Partei, deren Politik des Sozialabbaus und der Stigmatisierung von AusländerInnen sämtliche anderen Regierungsparteien ansteckt. Ein breites anti-



Die Fotos von Barbara Mangold entstanden an der zweiten Landsgemeinde der ImmigrantInnen in Bern, welche am 8. September 2007 in Bern über 100 VertreterInnen von über 50 Organisationen versammelte.

rassistisches Bündnis muss alle Opfer von Rassismus verteidigen – all diejenigen, die wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion diskriminiert werden, und ganz besonders die Sans-papiers, die abgewiesenen Asylsuchenden und die Menschen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE).

Jean-Michel Dolivo
Anwalt

Im neuen Kleid

Sosf hat ein neues Erscheinungsbild

Seite 2

Rückblick

Jürg Schertenleibs Gedanken nach 10 Jahren SFH

Seite 3

Dossier:

Unsere Perspektiven im Jahr 2008

Seiten 5 – 8

Neues Erscheinungsbild von Sosf

Bleibendes Engagement – neues Gesicht

Der Vorstand von Sosf hatte an der Sitzung vom 4. Oktober keine leichte Aufgabe. Er musste die eingetroffenen Wettbewerbsarbeiten für ein neues Erscheinungsbild bewerten. Ziemlich schnell kristallisierten sich die drei erstplatzierten Entwürfe heraus. Danach mussten wir uns allerdings zwischen sanfter aber konsequenter Renovation und einem völlig neuen Aussehen entscheiden.

Der Entscheid fiel am Schluss auf den Entwurf von Simone Kaspar de Pont. Die Ehrenplätze belegten die typographisch geprägten Entwürfe von Till Könnecker (illdesigns.ch) – der Gestalter unserer Demoplakate für die Demos « wir sind die schweiz » 2006 und 2007 – und die in der Tradition kräftiger Politgrafik gestaltete und mit einer spannenden

Logo-Entwicklung ergänzte Eingabe von Heidi Bernard (www.gestaltungskonzepte.ch). Das definitive neue Aussehen wird mit dem nächsten Bulletin präsentiert...



Rückblick auf zehn Jahre Flüchtlingspolitik

Endlosschleife Missbrauchsbekämpfung

Jürg Schertenleib hat Ende August nach einem Jahrzehnt die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) verlassen, wo er zuletzt als Leiter Rechtsdienst und Mediensprecher arbeitete. Für Solidarité sans frontières fasst er einige Erfahrungen zusammen.

Während meiner zehn Jahre bei der SFH stand die Asylpolitik im Spannungsfeld zwischen Missbrauchsbekämpfung und Schutzgewährung. Wo aber die Trennlinie zu ziehen sei, darüber gab es ein ständiges Seilziehen. Die Debatte wurde zunehmend aggressiver und gleichzeitig weniger fachlich und lösungsorientiert.

Typisch hierfür war die Diskussion um papierlose Flüchtlinge. Schon 1998 beschloss das Parlament auf Antrag des Bundesrates per Dringlichkeitsrecht, dass auf Asylgesuche von Papierlosen grundsätzlich nicht mehr einzutreten sei. Und schon damals hielt der Bundesrat die verstärkte Missbrauchsbekämpfung für notwendig, um «die humanitäre Asylpolitik der Schweiz gegenüber schutzbedürftigen Menschen auch in Zukunft aufrechterhalten zu können». Für die in der SFH zusammen geschlossenen Hilfswerke war die Bestimmung Grund für das Referendum.

Wer die damaligen Argumente mit der Abstimmungskampagne von 2006 vergleicht, wird nur subtile Unterschiede feststellen. Geändert hat aber, dass die Mitte-Parteien nach der nur knappen Ablehnung der SVP-Asylinitiative im November 2002 das Feld der SVP überliessen. Diese bewirtschaftete das

Thema fortan im bekannten Kampagnenstil und prägte mit Plakaten und unterstützt durch die Kommunikation des zuständigen Bundesrates die Wahrnehmung des Asylbereichs in bisher ungekanntem Ausmass. Diese ist heute weiter denn je von der Realität entfernt.

Fachmeinungen nicht mehr gefragt

Immer mehr wurde die Flüchtlingshilfe in die Rolle der wichtigsten Kritikerin der offiziellen Asylpolitik gedrängt, konnte aber das Vakuum, das die politischen Parteien hinterliessen, nicht alleine füllen. Die ständig wiederkehrenden Abstimmungskämpfe bedeuteten für die Flüchtlingshilfe eine enorme Herausforderung und verlangten einen grossen Mitteleinsatz. Als Fachorganisation war sie zwar bestens darauf vorbereitet, ihre fundierten Beurteilungen zur Asylpolitik abzugeben. Doch erhielten Fachmeinungen politisch immer weniger Resonanz. Grund war die übermächtige Dauerkampagne gegen den Asylbereich, gegen die mit blosser Sensibilisierungsarbeit kurzfristig nicht anzukommen war. Die Flüchtlingshilfe fand sich als immer einsamer werdende Akteurin in einer zunehmend polarisierten Landschaft wieder.

Grenze der Menschenrechte

Der Sozialhilfestopp gehört zu den grossen Paradigmenwechseln in der schweizerischen Sozialpolitik der letzten Jahre. Nothilfe war nicht als Disziplinierungs-, sondern als humanitäres Instrument konzipiert worden. Weit



weniger diskutiert wird der Paradigmenwechsel betreffend die Frage der Schutzbedürftigkeit. Standen bisher abgewiesene Asylsuchende unter Missbrauchsverdacht, wird heute zunehmend die Schutzgewährung an sich in Frage gestellt. Nur knapp hat das Parlament im Rahmen der letzten Revision die Einschränkung des Schutzbereichs der vorläufigen Aufnahme abgelehnt. Die Aufnahme zweier albanischer Flüchtlinge durch die Asylrekurskommission diente dem Justizminister dazu, die Rolle der Justiz und die Schutzgewährung zu hinterfragen. Zwar würde das Gesetz erlauben, den Flüchtlingsstatus zu entziehen, wenn die Anerkennung auf falschen Angaben beruht. Doch offenbar ist es interessanter, den Zweifel an der Schutzbedürftigkeit zu nähren. Das zeigen auch die neusten Vorstösse des Justizministers, die die Asylberechtigung der von Folter bedrohten eritreischen Deserteure in Frage stellen. Bei dieser Entwicklung ist nicht verwunderlich, dass die Rolle der Justiz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Einige der neueren höchstrichterlichen Urteile dokumentieren, dass die Politik der Stimme der Fachleute zu wenig Beachtung schenkt. Die von den Menschenrechten gesetzte Grenze ist erreicht.

Jürg Schertenleib

EU-Ostgrenze wird zur Hürde für UkrainerInnen Schengen-Osterweiterung

Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei gehören ab dem 21. Dezember 2007 zum Schengen-Gebiet. Viele UkrainerInnen befürchten nun, von den Nachbarländern abgeschnitten zu werden.

Visumspflichtig sind UkrainerInnen in Polen, Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik zwar bereits seit einigen Jahren. Neu brauchen sie jedoch ein Schengen-Visum, und das wird einige Veränderungen nach sich ziehen. Mit der Einführung der Visumspflicht im Jahr 2000 bzw. 2003 hatten die vier Staaten eine der Voraussetzungen für ihren EU-Beitritt erfüllt. Während sich jedoch insbesondere Tschechien von diesem Schritt zudem eine bessere Kontrolle der irregulären Einwanderung erwartete, verfolgten Ungarn und vor allem Polen eine vergleichsweise liberale Pra-

xis. Die polnische Regierung liess klar verlauten, dass die Visumspflicht den Personenverkehr über die polnisch-ukrainische Grenze nicht einschränken sollte. Allein im Jahre 2006 stellten die polnischen Behörden 635 000 Visa für ukrainische BürgerInnen aus.

Greifbare Folgen

Ab Anfang des nächsten Jahres wird es für UkrainerInnen erstens teurer. Bisher konnten sie für die vier Nachbarstaaten kostenlose Touristenvisa erhalten. Das nun erforderliche Schengen-Visum kostet sie dagegen 35 Euro, und das entspricht einem Drittel eines Durchschnittslohns in der Ukraine. Der Preis ergibt sich aus einem bisher noch nicht ratifizierten Abkommen über die Visumserleichterungen zwischen dem Land und der EU. Er könnte sich noch weiter erhöhen, wenn der Bearbeitungsprozess für Visa-Gesuche teilweise an eine externe (private) Agentur ausgelagert würde.

Zweitens werden die Behörden bei der Visumvergabe neu das Schengener Informationssystem abfragen, dessen Personendaten sich vor allem auf Nicht-EU-BürgerInnen beziehen. Dies wird nicht nur diejenigen betreffen, die neu ins Schengen-Gebiet einreisen wollen, sondern letztlich auch Personen, die bereits eine Aufenthaltsgenehmigung in einem der neuen Schengen-Länder haben.

Drittens stellt sich die Frage, wie die Schengener Visa-Regelungen praktisch angewandt werden: Eine strikte Handhabung dürfte automatisch dazu führen, dass Touristenvisa häufiger verweigert werden. Eine liberalere Praxis in einem Staat und ein damit verbunde-

ner einseitiger Anstieg der Visumsgesuche könnte jedoch zu Restriktionen bei den anderen Schengen-Staaten führen.

Problematische Schengener «Harmonisierung»

Einige der neuen Schengen-Staaten werden versuchen, die geplanten Einschränkungen des Personenverkehrs durch Sonderregelungen für den kleinen Grenzverkehr oder durch längerfristige Aufenthaltstitel auszugleichen. Letztere gelten nach wie vor nicht Schengen-weit, sondern nur für den betreffenden Staat.

Bei der Vergabe von kurzfristigen (Schengen-)Visa haben die neuen Schengen-Staaten jedoch nur beschränkte Möglichkeiten, der Ukraine mit einem liberaleren Regime entgegen zu kommen. Eine einseitige Aufhebung der Visumspflicht ist im Schengener Rahmen ganz ausgeschlossen. Das Abkommen zwischen der EU und der Ukraine über Visumserleichterungen soll zwar noch in diesem Jahr in Kraft treten, es kann jedoch die mit der Schengen-Erweiterung verbundenen Restriktionen nicht wettmachen.

Marek Canek

Europa von links unten (8)

migrationonline.cz

Mit dem Aufbau der Internet-Plattform migrationonline.cz verfolgte das «Multikulturelle Zentrum Prag» zunächst das Ziel, die Folgen der seit Anfang der 90er Jahre gestiegenen Einwanderung für die tschechische Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu diskutieren. Seit 2004 gibt es zusätzlich zur tschechischen eine englische Version, die sich mit Migrationsfragen in der gesamten mittel- und osteuropäischen Region auseinandersetzt, zum Beispiel mit der Situation von ukrainischen ArbeitsmigrantInnen, mit rechtlichen Entwicklungen, der Situation Sans-papiers, dem Verhältnis von Gender- und Migrationsfragen und in jüngster Zeit insbesondere mit den möglichen Konsequenzen der Schengen-Erweiterung für die BürgerInnen jener osteuropäischen Staaten hinter der Ostgrenze der EU.



Gemeinsam – statt über die Köpfe der Betroffenen hinweg

Als langjähriges Mitglied von augen auf Zürich und einer der Initiatoren des Antirassistischen Netzwerks Zürich und der Bleiberechtskampagne reflektiert der Aktivist und Journalist Michi Stegmaier die eigene Aktivität – und erachtet eine echte Zusammenarbeit mit den Betroffenen MigrantInnen als notwendig für den politischen Erfolg.



Auch nach Jahren der praktischen Arbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen er tappe ich mich selbst immer wieder, wie ich Betroffene nicht wahrnehme oder schon nach wenigen Augenblicken ihre Namen gleich wieder vergessen habe. So wie mir wird es wohl vielen gehen, wenn wir ehrlich sind. Niemand scheint sich gross den Kopf darüber zu zerbrechen, wenn Flüchtlinge stumm an Sitzungen teilnehmen und schweigend zu allem nicken, was wir sagen. Oft neigen wir ebenso dazu, nicht allzu feste Kontakte oder gar Freundschaften mit Flüchtlingen entstehen zu lassen, da wir das als zu «mühsam» empfinden und die Verständigung im gebrochenen Deutsch anstrengend ist. Wir haben das Gefühl, dass solche sozialen Kontakte verbindlich sind und wir die Verantwortung für das Leben eines anderen übertragen bekommen könnten. Zwar gibt es viele Initiativen und Projekte, welche sich gegen Rassismus und für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlinge einsetzen, aber in der Praxis ist dies vorwiegend ein «weisses»

Engagement. Den Betroffenen selbst wird eine StatistInnenrolle zugestanden und wir versuchen nicht oder zu wenig, sie aktiv in politische Prozesse einzubinden. So scheitern gute Ideen und Projekte oft an fehlenden Kontakten zu den Betroffenen selbst. Zermürbt und frustriert wird das Handtuch geworfen, ohne zu hinterfragen, was falsch gelaufen sein könnte. Das ist umso tragischer, da es durchaus verschiedene Migrations- und Flüchtlingsorganisationen gibt, welche die gleichen sozialen Kämpfe führen wie wir. Oft wissen wir aber nichts von den «anderen» und es käme uns nicht in den Sinn, dass vielleicht aus diesem oder jenem Land Exilorganisationen in der Schweiz existieren, mit denen eine engere Zusammenarbeit durchaus befruchtend für beide Seiten sein könnte.

Gerade in der aktuellen politischen Situation ist es aber unabdingbar, die Betroffenen über die bestehenden Kräfteverhältnisse in der Schweiz aufzuklären. Manchmal machen auch wir Flüchtlinge zu Opfern und trauen ihnen nicht zu,

dass sie ebenbürtig wie wir politische Kämpfe führen könnten. Die Leute seien ausgebrannt und müde und hätten andere Dinge im Kopf, als für ihre Rechte zu fighten. Es würden nur Hoffnungen geweckt, die wir nicht erfüllen könnten, sind Aussagen, mit denen ich immer wieder konfrontiert werde. Aber was genau sollen Menschen, welche ab 2008 nur noch von Nothilfe zu leben haben, denn verlieren können? So hört sich eine Bewegung an, welche am Boden ist und keine Perspektiven mehr hat. Mag auch die Hoffnung noch so gering sein, es ist immerhin ein Strohalm, woran man sich festhalten kann.

Nur wenn es uns gelingt, MigrantInnen, Papierlose und Flüchtlinge zu «aktivieren» und ihnen zu vermitteln, dass auch sie für ihre Rechte kämpfen dürfen (oder gar müssen), können wir aus der aktuellen politischen Sackgasse herauskommen. Gerade die Sans-Papiers Bewegung hat damals eindrücklich bewiesen, was geschieht, wenn Betroffene selbst das Wort ergreifen und das eigene Schicksal in die Hände nehmen. An diese Erfahrungen gilt es anzuknüpfen. Nur gemeinsam können wir die aktuelle Migrationsdebatte auf den Kopf stellen und etwas bewegen. So lange es uns aber nicht gelingt, diese Grenze zwischen dem «uns» und den «anderen» niederzureissen und eine gemeinsame politische Praxis zu entwickeln, so lange werden wir weiter in der Defensive bleiben. Denn die Schweizer Linke für sich alleine ist derzeit zu schwach, um zu Gunsten von MigrantInnen und Flüchtlingen noch etwas bewegen zu können.

Michi Stegmaier

Dossier aus dem
Bulletin 4/2007 von
Solidarité sans
frontières
Neuengasse 8
3011 Bern

www.sosf.ch
sekretariat@sosf.ch

T 031 311 07 70
F 031 311 07 75

PC 30-13574-6

Die Kampagne

Raus aus der Defensive – Bleiberecht für alle!

Den in der Schweiz lebenden MigrantInnen weht ein eisiger Wind entgegen. Seit der Annahme des neuen Asyl- und Ausländergesetzes und den nationalen Wahlen ist ihre Lage schlechter denn je. Durch die nationale Kampagne für das «Bleiberecht für alle» soll diese Ohnmacht überwunden werden.

Das neue Ausländer- und das Asylgesetz treten am 1. Januar 2008 voll in Kraft. Die Behörden haben jedoch nicht auf diesen Termin gewartet, um die neuen Gesetze anzuwenden. Für aussereuropäische Asyl- oder Arbeitsuchende besteht praktisch keine Aussicht mehr auf eine längerfristige Aufenthaltsbewilligung, aussereuropäische Studierende müssen immer mehr Bedingungen erfüllen, um hier studieren zu dürfen und seit dem Inkrafttreten der Bilateralen II ist von der kollektiven Regularisierung der Sans-Papiers definitiv nicht mehr die Rede. Auch das Bleiberecht von Personen mit «stabilen» Aufenthaltsbewilligungen wird zunehmend in Frage gestellt. Viele Personen mit Ausweis B oder C sind nach mehreren Jahrzehnten belastender Arbeit mit Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert und müssen sich in der Folge beim Sozialamt melden. Ab diesem Zeitpunkt sind auch sie von der Ausschaffung bedroht.

Bleiberecht für alle bedeutet:

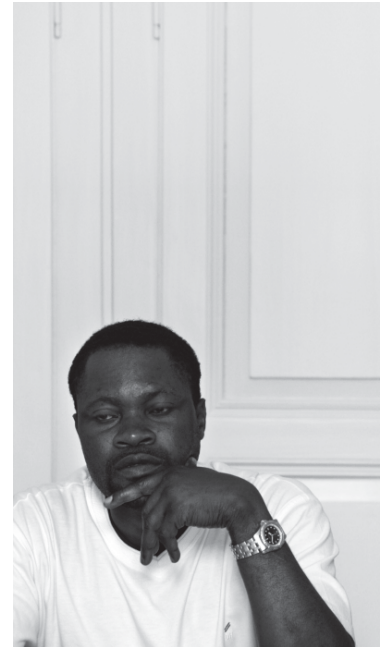
- Sofortiger Ausschaffungsstopp
- Kollektive Regularisierung (Negativentscheide, NEE, Sans-Papiers)
- Sofortige Umsetzung der Härtefallregelung
- Recht auf Privatleben und Familienzusammenführung

Mehr Informationen auf www.bleiberecht.ch

Am 21. Oktober 07 wurde dieser fremdenfeindlichen und stark profitorientierten Migrationspolitik der Rücken gestärkt. Durch die Verstärkung des bürgerlich-konservativen Lagers, insbesondere durch den Zuwachs der SVP, ist mit weiteren Angriffen gegen die MigrantInnen zu rechnen. Diese Angriffe dienen primär der Profitsteigerung, denn durch die Schwächung der MigrantInnen werden Konkurrenzkampf und Leistungsdruck erhöht. Solidarität unter SchweizerInnen und MigrantInnen führt für beide Gruppen zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen und hilft beiden Gruppen ihre präkarisierten Situationen zu entschärfen.

Der Wahlkampf wurde mit den Themen «Sicherheit» und «Missbrauch» gewonnen. Die MigrantInnen mussten einmal mehr als Sündenböcke für die wachsende soziale Unsicherheit hinhalten. Mehr als je zuvor ist es notwendig Initiativen zu starten, um die Migrationspolitik neu zu denken. Der Angelpunkt einer fortschrittlichen Migrationspolitik ist der allgemeine freie Personenverkehr – das *Bleiberecht für alle*. Über kurz oder lang muss klar werden, dass die Schweiz nicht unter einem Ausländerproblem, sondern unter einem Armutsproblem, das mit politischen Lösungen angegangen werden muss, leidet.

Europa spricht über ein Bleiberecht (aber nicht für alle). Am 6. Juni 07 hat sich der Europarat über die kollektiven Regularisierungen geäussert. Der Rat anerkennt, dass über 5 Millionen Sans-Papiers in Europa leben. Er sieht ein, dass Regularisierungen notwendig sind. Laut Bericht wurden in Europa während den 90er Jahren ca. 1,5 Millionen Sans-



Papiers regularisiert. Allein in Griechenland erreichte ein Regularisierungsprogramm 228'000 Personen.

Auch in Deutschland und in Österreich wird gegenwärtig über das Bleiberecht debattiert. Obwohl die europäische Bleiberechtsdiskussion nur aus utilitaristischen und wirtschaftlichen Überzeugungen geführt wird, werden die Schweizer Bemühungen für das «Bleiberecht für alle» dadurch gestärkt.

MigrantInnenorganisationen, Hilfsorganisationen und politische Gruppen setzen sich gemeinsam für die nationale Kampagne «Bleiberecht für alle» ein. In möglichst vielen Städten und Regionen der Schweiz werden zur Zeit Komitees gegründet, die für ein «Bleiberecht für alle» kämpfen. Am 1. Dezember wurde die Kampagne in Bern national gestartet.

Eine starke Kampagne für das «Bleiberecht für alle» ist aktuell und nötiger denn je.

Anne Perriard, Sebastien Franco,
Nadia Bisang, Philippe Blanc

Aktionswoche «ohne uns geht nichts.»

Gemeinsam sind wir stark

Die zweite Landsgemeinde der ImmigrantInnen widmete sich dem Knüpfen von Netzwerken als erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Aktionswoche der MigrantInnen in der Schweiz (vergleiche dazu die folgende Seite). Die Aktionswoche ist geplant vom 8. bis 14. September 2008 und soll getragen werden von Basisaktivitäten in der ganzen Schweiz.

Was ist das Ziel der Aktionswoche? Die Aktionswoche «ohne uns geht nichts.» soll es der sozialen Bewegung ermöglichen, wieder die Initiative zu übernehmen. Wir wollen unsere Verteidigungshaltung ablegen und auf eine dynamische Art eigene Schwerpunkte setzen, ohne falsche Rücksichten auf die institutionelle Politik – weil wir nur so mehr Einfluss gewinnen können auch auf die offizielle Politik. Wir wollen während dieser Woche auch kollektiv zu einem Perspektivenwechsel beitragen. Heute wird Migration nämlich bestenfalls als wirtschaftlich nützlicher Faktor betrachtet, schlimmstenfalls als grosse Bedrohung für die Schweiz oder für die sogenannten entwickelten Länder überhaupt angeschaut. Wir wollen den Punkt erreichen, wo Migration nicht nur als geschichtliche und zukünftige Realität akzeptiert wird, sondern auch als eine für alle Völker und Menschen bereichernde Begegnung.

Wir wollen in unserer Aktionswoche 2008 zeigen, dass wir alle zusammen die Schweiz sind, zusammen verantwortlich für die Menschlichkeit auf diesem Fle-

cken Erde. Wir wollen bekräftigen, dass einzig der Kampf für gleiche Rechte aller Menschen uns vorwärts bringen kann. In diesem Sinne hoffen wir, mit dem Aufruf zur Aktionswoche auch die persönliche und kollektive Gestaltungskraft und Kreativität anzuregen, denn wir sind überzeugt: «gestalten heisst widerständig sein, und widerständig sein heisst gestalten!»

Gestaltung von unten

Weil Solidarité sans frontières nicht die personellen Kapazitäten zur Organisation einer gesamtschweizerischen Aktionswoche hat, werden wir unsere Hauptanstrengungen im Sekretariat der Koordination, der Vernetzung und der Kommunikation widmen. Die eigentlichen Beiträge zur Aktionswoche müssen «von unten», von einzelnen Personen und grösseren oder kleineren Organisationen gestaltet und getragen werden.

Dabei ist eine Vielzahl von Aktivitäten denkbar. Von Theateraufführungen, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen über Konzerte und Einladungen von MigrantInnen-Organisationen zum Mittagstisch. Von lokalen oder überregionalen Demos zu Schwerpunktbeiträgen in alternativen und etablierten Medien. Von Mahnwachen und Petitionen bis zu Lesungen oder gar der Herausgabe neuer Publikationen. Die Grenzen setzt einzig die Phantasie der Beteiligten.

Lokale Koordination

Weil es einfacher ist, in lokalen und regionalen Medien Gehör zu finden, und

weil nicht nur den Problemen, sondern auch den konstruktiven Beiträgen der MigrantInnen im näheren Umfeld weniger pauschale Vorurteile entgegengebracht werden, lohnt es sich, auch den örtlichen Bezug hervorzuheben und lokal die Zusammenarbeit und Absprache unter den verschiedenen Beteiligten zu suchen. Das Ziel müsste es sein, bis im April funktionierende Regionalkomitees zumindest in den grösseren Städten zu gründen.

Gegenseitige Inspiration

Damit gute Ideen aus einem Kanton auch in anderen Kantonen aufgenommen und realisiert werden können, richtet Solidarité sans frontières unter www.ohneuns.ch eine Internetplattform mit den aktuellen Plänen aller Engagierten ein und wird versuchen, diese so aktuell wie möglich zu halten. Gleichzeitig soll ein gemeinsames, mehrsprachig vorhandenes Logo der Aktionswoche geschaffen werden, das als wieder erkennbares «Dach» dienen kann und den gemeinsamen Nenner all der verschiedenen Aktivitäten betont.

Balthasar Glättli



Kämpferische zweite Landsgemeinde der ImmigrantInnen

An der zweiten Landsgemeinde der ImmigrantInnen am 8. September 2007 in Bern nahmen auf Einladung von Solidarité sans frontières gut 100 TeilnehmerInnen teil, welche über 50 Organisationen repräsentierten. Sie bereiteten in zehn Workshops eine Aktionswoche der MigrantInnen im September 2008 vor und verabschiedeten die folgende Schlussresolution.

Migration ist eine Realität, ein Recht und eine Chance

Migration ist eine Realität – In der Vergangenheit und in der Gegenwart. Menschen emigrieren in andere Länder. Aus den verschiedensten Gründen. Aus Zwang und Not, aber auch aus eigenem Interesse oder weil sie gebraucht werden.

Migration ist ein Recht – Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hält fest, dass jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch das eigene, zu verlassen. Damit dieses Recht aber Tatsache wird, braucht es auch das Recht jedes Menschen, in ein anderes Land einzuwandern.

Migration ist eine Chance – Für uns ist Migration keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung. Unsere Kultur ist seit langem eine Kultur der Vielfalt, des Neben- und Miteinanders.

Grundrechtsabbau trifft alle

Heute sind ImmigrantInnen das Opfer scharfer Angriffe. Ihre Grundrechte werden in Frage gestellt. Sie gelten als Menschen zweiter Klasse. Aber die gleichen Kräfte, welche den ImmigrantInnen ihre Rechte absprechen, grenzen auch alle anderen Menschen aus, welche nicht bereit sind, ihr Leben selbstlos einer wirtschaftsfixierten, wachstumsorientierten Politik unterzuordnen. Wer die ImmigrantInnen angreift, greift alle Menschen an.

Aktionswoche 2008: Gehen wir in die Offensive!

Wir, an der Landsgemeinde versammelte ImmigrantInnen und SchweizerInnen, stellen fest, dass der Kampf für die Rechte aller Menschen in der Schweiz in der

Vergangenheit zu sehr ein Verteidigungskampf war, aufgezwungen von aussen und defensiv. Wir aber wollen selbstbewusst unsere Rechte und die gleichwertige Teilhabe an unserer Gesellschaft einfordern. Wir rufen deshalb alle fortschrittlichen und liberalen Kräfte auf, sich an der im September 2008 geplanten gesamtschweizerischen Aktionswoche der ImmigrantInnen unter dem Motto «ohne uns geht nichts.» zu beteiligen.

Etats Généraux im Waadtland

Für die Rechte der MigrantInnen und gegen Rassismus

Über 50 Personen beteiligten sich am 3. November 2007 an der ersten Waadtländer «Landsgemeinde» des Asyls und der Migration. Das Treffen verstand sich als Fortsetzung der zweiten gesamtschweizerischen Landsgemeinde, die am 8. September in Bern zusammenkam.

Die künstliche administrative Grenze zwischen Asyl und Einwanderung erweist sich als immer absurder. Zum Jahresbeginn 2008 werden das bis zur Unkenntlichkeit revidierte Asylgesetz, das Ausländergesetz und das Gesetz gegen die Schwarzarbeit in Kraft treten. Sie folgen der gleichen Logik: Staatlicher Rassismus provoziert die Stigmatisierung der ausländischen Bevölkerung. Einen Angriff auf die Rechte der MigrantInnen stellt auch die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrags in der Baubranche dar. Schliesslich sind 85 Prozent der Bauarbeiter, die gegenwärtig für ihre Rechte streiken, ArbeitsmigrantInnen.

Angesichts einer politischen Agenda voll von Angriffen auf die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, waren sich die TeilnehmerInnen des Treffens einig: Die verschiedenen politischen Kämpfe gilt es zu verbinden, ihre gemeinsame Perspektive muss die Verteidigung der Grundrechte aller sein. Bereits am 23. Februar 2008 soll eine Landsgemeinde der ImmigrantInnen der gesamten Romandie zusammentreten, um den Meinungs austausch fortzusetzen und konkretere Aktionen zu planen.

Christine Clément
(gekürzt)



ORANIS OFFSET

**Grafik/Satz/Druck
Weiterverarbeitung**

Oranis Offset
Hohenbühlweg 4
7002 Chur

Fon: 081 252 45 92
Fax: 081 253 63 03
E-Mail: oranis@spin.ch

Kurz und klein

Schengen und die Schweiz

Damit das Abkommen über den Schengen/Dublin-Beitritt der Schweiz wie geplant Ende 2008 in Kraft treten kann, muss es noch von Belgien, Griechenland, Tschechien und Ungarn ratifiziert werden. Im Hinblick darauf demonstrierten am 8. November die Kantonspolizei Zürich, die Bahnpolizei/Securitrans und das Grenzwachtkorps, was sie unter dem Abbau der Grenzen nach Schengen-Manier verstehen: Im Hauptbahnhof Zürich kontrollierten sie – mit «entsprechendem technischem Gerät» und Drogenhunden – das Gepäck und die Papiere von Zugreisenden, die aus verschiedenen europäischen Städten ankamen. Von hundert kontrollierten Personen seien vier festgehalten oder verzeigt worden. (*Quelle: Tagesanzeiger und NZZ v. 9.11.2007*)

Valzeina: Halbgefängenschaft für Asylsuchende

Monatelang hatte sich die Gemeinde Valzeina gegen den Umbau des ehemaligen Ferienheims Flüeli zu einem Minimalzentrum gewehrt. Nun hat sich die Bündner Kantonsregierung durchgesetzt. Die im Oktober vom Amt für Polizeiwesen präsentierte Hausordnung bestätigt sämtliche Befürchtungen: Die 37 BewohnerInnen erhalten bis Ende Jahr pro Tag 7,30 Franken. Im neuen Jahr reduziert sich die Pauschale. Sie sollen zwar «selbständig und eigenverantwortlich» ihre Mahlzeiten zubereiten, es gibt aber nur zwei normale Kochherde. Polizei und MitarbeiterInnen sind jederzeit zu Zimmer- und Personenkontrollen berechtigt. Abschliessbare Räume oder auch nur Schränke gibt es

nicht. Die BewohnerInnen sind «verpflichtet, sich täglich in der Unterkunft aufzuhalten». Sie müssen regelmässig zum Appell antreten und haben der Fremdenpolizei jederzeit zur Verfügung zu stehen. BesucherInnen müssen sich bei der Zentrumsleitung melden und ausweisen und haben spätestens um 18 Uhr zu verschwinden. ...

Kein Asyl für Eritreer?

«In Eritrea ist die Bestrafung für Dienstverweigerung und Desertion unverhältnismässig streng; sie ist als politisch motiviert einzustufen. Personen, die begründete Furcht haben einer solchen Bestrafung ausgesetzt zu werden, sind als Flüchtlinge anzuerkennen.» So steht es in einem Grundsatzentscheid der Asylrekurskommission vom 20. Dezember 2005. Das Urteil, so erklärten am 24. Oktober Bundesrat Christoph Blocher und BFM-Chef Eduard Gnesa, sei der Grund für den Anstieg der Asylgesuche von Eritreern. Einmal mehr wollen sie die «Attraktivität der Schweiz» senken – und zwar durch einen Dringlichen Bundesbeschluss. Deserteure und Dienstverweigerer sollen «nicht mehr generell als Flüchtlinge anerkannt werden und kein Asyl erhalten». Im Einzelfall will man sie allenfalls vorläufig aufnehmen.

SVP will obligatorische DNA-Tests

Die SVP gibt sich europäisch: Die französische Regierung unter Nicolas Sarkozy macht's vor, der neu in den Nationalrat gewählte Zürcher SVP-Hardliner Alfred Heer macht's nach. Am 4. November kündigte er eine Motion an und forderte obligatorische DNA-Tests für den Nachzug von Familienangehörigen aus «Problemstaaten», in denen gefälschte Dokumente leicht zu erhalten seien. Solche Tests zur Bestimmung des

Verwandtschaftsverhältnisses werden gemäss einer Weisung des BFM bereits seit 2004 praktiziert, allerdings «freiwillig». Was nichts anderes heisst, als dass Personen, die sich weigern, kaum Chancen auf eine Bewilligung des Nachzugs haben.

(Keine) Auslieferung in die Türkei

Seit zwei Jahren sitzt der kurdische Politiker Mehmet Esiyok in schweizer Auslieferungshaft, ein Ende ist nicht absehbar. Das Bundesgericht hatte im Januar Esiyoks Auslieferung an die Türkei unter der Voraussetzung bewilligt, dass das Verfahren von der schweizerischen Botschaft in Ankara begleitet würde. Die gegen das Urteil gerichtete Revision haben die Lausanner Richter am 2. Oktober verworfen. Rechtsanwalt Marcel Bosonnet hatte Dokumente vorgelegt, aus denen hervorgeht, dass der einzige Zeuge, den die Türkei gegen Esiyok ins Feld führt, gefoltert wurde. Diese Dokumente, so erklärt das Bundesgericht, seien «nicht entscheidend». ...

Esiyok kann jedoch vorerst nicht ausgeliefert werden. Das Bundesverwaltungsgericht, die ehemalige Asylrekurskommission, hat im Juni den erstinstanzlichen Entscheid des Bundesamtes für Migration über den Asylantrag des Kurden als mangelhaft zurückgewiesen. Rechtsanwalt Peter Nideröst, Ko-Präsident von Solidarité sans frontières und Esiyoks Vertreter im Asylverfahren, befürchtet, dass er auch den zweiten Entscheid des BFM ans Bundesverwaltungsgericht weiterziehen muss.

Definitiv nicht ausgeliefert wird Zeynep Yesil. Im April hatte bereits das Bundesstrafgericht eine Auslieferung wegen der Widersprüche im türkischen Ersuchen abgelehnt. Am 23. Oktober schloss sich das Bundesgericht dieser Auffassung an und verwarf die Beschwerde des Bundesamtes für Justiz.

(weitere Informationen unter www.sosf.ch)

Bern: Sitzungsraum zu vermieten

in der Bürogemeinschaft an der Neuengasse 8, an zentraler Lage, nur 2 Gehminuten vom Hauptbahnhof SBB

- Raum für ca. 14 Personen
 - Mitbenützung Flipchart
 - Drahtloser Internetzugang (WLAN) auf Wunsch
 - Fotokopierapparat
 - Küche mit Kaffeemaschine, Kocher, Kühlschrank
- Fr. 40.– pauschal pro Halbtage, Getränke nach separater Abrechnung. Weitere Infos: Solidarité sans frontières, Gisela Grimm, Neuengasse 8, 3011 Bern, Tel. 031 311 07 70, sekretariat@sosf.ch

Kiosk

Libyen – von zwei Seiten betrachtet

Die EU lobt die Anstrengungen Libyens bei der Bekämpfung der illegalen Migration. Siehe den Bericht der «technischen Mission» der EU-Grenzschutzagentur Frontex in Libyen. (www.statewatch.org/news/2007/oct/eu-libya-frontex-report.pdf).

«Forteresse Europe» dokumentiert die wirkliche Lage der ImmigrantInnen und Flüchtlinge in dem nordafrikanischen Staat: Fuite de Tripoli. Rapport sur les conditions des migrants de passage en Libye, (in englisch, französisch und italienisch) <http://fortresseurope.blogspot.com/2006/01/libye-linquant-rapport-publi-par.html>

«Dossier Criminalisation»

SOS asile: Bulletin 84, Septembre 2007 über das Konstrukt Ausländerkriminalität und die Ausschaffungsinitiative der SVP, erhältlich bei SOS Asile, cp. 7489, 1002 Lausanne, Tel. 021-351 25 60, sosasile.vaud@bluewin.ch

Migration heute – die Welt in Bewegung

Inkota-Brief, Nr. 141/September 2007, 44 Seiten (A4), Euro 3,50. Das inkota-Netzwerk entstand aus der vor 50 Jahren in der DDR gegründeten «Aktionsgemeinschaft für die Hungernden». (Greifswalder Str. 33a, D-10405 Berlin, tel. 0049-30-4289-111, inkota-brief@inkota.de)

Die Medien

Terra cognita 11/2007: Die von der eidgenössischen Ausländerkommission herausgegebene «Zeitschrift für Integration und Migration» beleuchtet in ihrer neuesten Ausgabe das Bild der ImmigrantInnen in den Medien und das Medienschaffen von ImmigrantInnen.

Erhältlich beim Sekretariat der EKA, Quellenweg 9, 3003 Bern-Wabern, tel. 031-325 91 16, eka-cfe@bfm.admin.ch

Vorläufige Aufnahme

Freiplatzaktion Zürich: Rundbrief 3/2007: «Die vorläufige Aufnahme: Freud und Leid einer helvetischen Sonderregelung», erhältlich bei Freiplatzaktion Zürich, Langstr. 64, 8004 Zürich, Tel. 044-241 54 65, freiplatz@freesurf.ch



Grosszügiges Legat

In dankbarem Andenken an Ottilia Boos

Diesen Sommer erreichte uns eine berührende Mitteilung: aus dem Nachlass der verstorbenen Ottilia Boos (25. Mai 1920 – 25. Februar 2007) hat Solidarité sans frontières ein grosszügiges Legat von 30'000 Franken erhalten.

Ottilia Boos war einer jener Menschen, deren Lebenslauf einem die Geschichte eines ganzen Jahrhunderts vor Augen führt – aber keine Geschichte von oben, sondern Geschichten von unten.

Nachdem sie in jungen Jahren an manchen Stellen gedient hatte, sei es in Restaurants und Hotels, im Mädchenheim der Feldmühle, einer Art Internat für junge ArbeiterInnen aus Italien, oder auch als Haushälterin, verbrachte sie ein halbes Jahrhundert in der Familie Schär in Rorschach. Vater Schär hatte eine «Tochter» für sich und seinen 15jährigen Sohn Max gesucht und in der 28jährigen gefunden. Fünf Jahrzehnte hatte dieser Haushalt dann Bestand, zum Schluss mit umgekehrten Rollen, als der frisch pensionierte Max Schär die alte Ottilia Boos pflegte. Ottilia habe Zeit ihres Lebens auch Augen für die kleinen Menschen und für Fremde gehabt. Ihr Legat ist dieser Tradition verbunden.

(Nach dem Lebensbild von Max Schär)

Porträt Michi Stegmaier

Der Aktivist

Wer im letzten Jahrzehnt an einer MigrantInnen-Demo teilnahm, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Michi Stegmaier begegnet. Für den augenauf-Aktivisten steht gemeinsame politische Arbeit mit den Betroffenen im Zentrum (vgl. Seite 5).

Menschen am Rand der Gesellschaft findet er spannender als Mittelständler oder Intellektuelle. Auch wenn er momentan als Vorwärts-Journalist arbeitet, war er in den letzten 20 Jahren eigentlich beruflich im Sozialbereich tätig. Michi Stegmaier ist überzeugt, dass auch seine heutige politische Arbeit von den hier gebräuchlichen «Werkzeugen» profitiert. Gleich mehrfach bringt er während unseres Gesprächs den Grundgedanken zum Ausdruck, dass Menschen zur Selbsthilfe und Selbständigkeit befähigt werden sollen und dass auch eigene Beiträge eingefordert werden müssen: «Nur wenn wir von den Flüchtlingen auch ihr eigenes Engagement einfordern, sie nicht einfach zu ‚Klienten‘ unserer Solidaritätsleistung machen, nur dann haben wir genug Kraft, lange gemeinsam widerständig zu bleiben.» Dies sei interessanterweise in seiner heutigen Zusammenarbeit mit MigrantInnen oft einfacher als er das früher bei der beruflichen Arbeit mit Randständigen, im Fixerstübli oder als Sozialpädagoge mit «schwierigen» Jugendlichen erlebt habe.

Was sind Michis negativste Erlebnisse? Die Antwort kommt sofort: Zürichs schwerfälliger Politikuchen! Die Konkurrenz verschiedenster Grüppchen und die Tatsache, dass alle, die mal etwas Neues wagten, gleich heruntergemacht werden. Dies sei viel frustrierender und kräfteaubender als die Zusammenar-



beit mit MigrantInnen. Zum Vergleich zieht Michi die Stadt Bern heran, wo aus seiner Sicht oft eine bessere Zusammenarbeit über die verschiedenen Szenengrenzen hinweg möglich sei.

Für theoretische Polit-Diskussionen ist Michi kaum zu haben. Aus dem ewigen Diskutieren resultiere oft wenig bis nichts. Er bezeichnet es als «Pornokino für Linke». Wer beim Politisieren nicht über das Palavern herauskomme müsse sich auch die Frage gefallen lassen, ob's ihm oder ihr wirklich darum ginge, etwas zu verändern oder ob man sonst einfach keine sozialen Kontakte habe!

Sind aber die Demos und Aktionen, welche er mitorganisiert, nicht auch kurzlebig? Michi widerspricht. Natürlich hätten Demos einen Happening-Charakter, aber die Mobilisierungen hätten auch eine wichtige soziale Wirkung nach innen. Hier gelinge es auch, neue Aktive positiv anzusprechen. Politische Arbeit müsse auch lustvoll sein.

Dass er 38 Jahre alt ist, sieht man Michi nicht an. Hingegen spürt man im Gespräch, dass er einen Weg sucht, die Solidaritätsarbeit nicht bloss als vorübergehendes Polit-Engagement zu leben. Hoffnung und Kraft gibt ihm dabei die Erfahrung, dass man in der Realität mit wenigen Leuten durchaus viel bewegen oder zumindest Sand im Betrieb sein kann. Und natürlich hofft er, dass dies auch bei der von ihm mit lancierten Bleiberechtskampagne (Seite 6) der Fall sein wird.

Balthasar Glättli

Veranstaltungshinweise

7. bis 9. Dezember 2007 in Genf

Symposium des Centre Europe – Tièrs Monde (CETIM)

Internationale Zusammenarbeit, Entwicklung und Entwicklungshilfe... Was bedeutet dies eigentlich?

Universität UniMail, Genf.

Mehr Infos/Anmeldung: www.cetim.ch

23. Januar 2008

Landsgemeinde der ImmigrantInnen – Gesamte Romandie

Mehr Infos/Anmeldung: Ab Anfang Januar auf www.ohneuns.ch

18. April 2008 in Bern

Vollversammlung von Solidarité sans frontières

Hauptthema sind Berichte aus den Regionalkomitees zur Vorbereitung der Aktionswoche «ohne uns geht nichts.» im Herbst 2008.

Mehr Infos/Anmeldung: im nächsten Bulletin

8. – 14. September 2008 in der ganzen Schweiz

Aktionswoche «ohne uns geht nichts.»

Vgl. Artikel Seite 7/8 und www.ohneuns.ch

**Bitte teilen Sie uns
Adressänderungen
umgehend mit.
Sie ersparen uns damit
teure Posttaxen.**

impressum

Erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe: 3'450 Ex. deutsch /
750 Ex. französisch

Beglaubigte Auflage: 3'252 Ex. deutsch /
693 Ex. französisch

Satz/Gestaltung: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Oranis Offset, Chur

Versand: Toleranz95, Chur

Redaktion: Heiner Busch, Balthasar Glättli,

Übersetzungen: Olivier von Allmen,
Heiner Busch

Lektorat: Sosf

Fotos: Barbara Mangold (www.image-art.ch)

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
15. Januar 2008

Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe
zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2007 inkl. Abo:
Fr. 60.– Verdienende / Fr. 90.– Paare /
Fr. 30.– Nichtverdienende /
Organisationen Fr. 100.–
Abo Einzelpersonen Fr. 25.– /
Abo Organisationen Fr. 45.–

Herausgeberin: Solidarité sans frontières,
Neuengasse 8, 3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Fon: 031 311 07 70
Fax: 031 311 07 75
e-mail: sekretariat@sosf.ch / www.sosf.ch
PC-Konto: 30-13574-6

Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel

Demonstrationsbeobachtungen
vom 2. - 8. Juni 2007
rund um Heiligendamm



- Vorgeschichte: Wie ein Küstenstrich an der Ostsee zur Szene gewaltbereiter Politik werden konnte
 - Das demonstrative Geschehen vom 2. - 8. Juni 2007
 - Die Handelnden rund um Heiligendamm - Polizei und Militär an erster Stelle
 - Menschenrechte und Demokratie in Zeiten der Globalisierung
- ISBN: 978-3-88906-125-6; 10,- Euro

Bestellen:
Komitee für Grundrechte
und Demokratie
Aquinostr. 7-11
50670 Köln
Telefon: 0221-9726930
Fax: 0221-9726931
www.grundrechtekomitee.de
info@grundrechtekomitee.de